N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Kreistag

am 11.03.2008

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 14:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Dirk Kolar
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit

Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein
Christina Zubrytzki
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Leo Klempert
Helmut Krause
Hartmut Marks
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Hanne-Luise Schacht
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck

Michael Klostermann

Von der Verwaltung	Gäste und Zuhörer/innen
Herr Kreisdirektor Stratmann	Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Timpe, Dez. II	Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Hahn, Dez. IV	Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Schiebold, L KfP	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Göpfert, Büro Landrat	Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Frau Waßen, Schriftführerin	Vertreter der Presse
	interessierte Bürger
	weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, dass er diese aufgrund der Diskussion im Kreisausschuss modifizieren wolle. Dort habe sich durch die Erklärungen der Fraktionsvorsitzenden herausgestellt, dass sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu den RWE-Aktien wohl keine Mehrheit finden werde. In diesem Fall sei der restliche Aktienbestand noch heute zu verkaufen. Um diesen Verkauf sicher stellen zu können, müsse um 17 Uhr der entsprechende Auftrag an die Bank gegeben werden. Hinzu komme, dass die Ablehnung des Verwaltungsvorschlages gleichzeitig zu einer Lücke von rund 600.000 Euro im Haushaltsentwurf führen würde. Um dem Regierungspräsidenten einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, seien gegebenenfalls noch Veränderungen am Haushaltsentwurf erforderlich. Deshalb schlage er vor, den Beschluss über die RWE-Aktien an den Beginn des Tagesordnungspunktes 1 noch vor die Haushaltsreden zu setzen, damit die Rahmenbedingungen für die Verabschiedung des Haushaltes geklärt seien.

Herr Goldmann kritisiert das Verhalten von Verwaltungsspitze und auch Teilen der Politik zu diesem Thema in der Sitzung des Kreisausschusses, als aus seiner Sicht eine Art „Drohkulisse“ aufgebaut worden sei. Dies sei ein Stil, der so nicht akzeptabel sei und dem Selbstverständnis des Hauses nicht angemessen sei. Er selbst habe sich seit Wochen um einen Kompromissvorschlag bemüht, allerdings keine Reaktion darauf erhalten. Damit gelte derzeit die alte Beschlusslage, wonach die Aktien bis zum heutigen Tage verkauft werden müssten. Er sehe – auch mit Blick auf den heutigen Morgen - keine Veranlassung, diese Tagesordnung jetzt zu ändern.

Herr Steffen weist noch einmal darauf hin, dass die Ablehnung des Verwaltungsvorschlages zu einem Haushaltsdefizit von 600.000 Euro führen würde. Er kündigt an, dass die SPD-Fraktion alternativ den Verkauf der Aktien bei einem Stand von mindestens 86 Euro pro Aktie vorschlagen werde. Sollte man beide Vorschläge ablehnen und der Aktienverkauf am heutigen Tag erfolgen, werde die SPD-Fraktion, wie bereits in der Kreisausschusssitzung angekündigt, keinen haushaltswirksamen Anträgen mehr zustimmen und die eigenen Anträge zurück ziehen. Schließlich würde anderenfalls das Defizit noch weiter erhöht und dies könne seine Fraktion keinesfalls mittragen. Unter diesen Gesichtspunkten halte er es für erforderlich, die Beschlussfassung über die RWE-Aktien vorrangig zu behandeln.

Der Vorschlag von Herrn Landrat Makiolla auf Änderung der Tagesordnung wird mit den Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Haushalt 2008

Punkt 1.1

206-1/07

- Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008
- Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2011

Punkt 1.2

212-1/07
Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008

Punkt 2

047/08

Ersatzwahl

Punkt 3

006/08

Betrauungsregelung zwischen dem Kreis Unna und DSW21 über die Durchführung von Verkehrsleistungen auf der Stadtbahnlinie U 41 in Lünen-Brambauer sowie Refinanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Lünen

Punkt 4

009/08

Vertrag zwischen dem Kreis Unna, der Verbraucherzentrale NRW e.V. in Düsseldorf, dem Verein Neues Wohnen im Alter e.V. in Kamen und der Ökumenischen Zentrale Schwerte zur Durchführung der Wohnberatung im Kreis Unna

Punkt 5

014/08
Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunftskosten nach dem SGB II

Punkt 6

Fragestunde für Einwohner

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 8

029/08
Erweiterung des Freiherr-vom-Stein Berufskollegs des Kreises Unna in Werne
- Vergabe des Auftrages über Rohbauarbeiten -

Punkt 9

046/08
Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gemäß § 18 Abs.2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Haushalt 2008

Erörterung

Zum Haushalt 2008 tragen Herr Steffen für die SPD-Fraktion, Herr Jasperneite für die CDU-Fraktion, Herr Goldmann für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herr Senkel für die FDP-Fraktion, Herr Gabriel für die Gruppe DIE LINKE. sowie Herr Elsbeck für die STATT-Partei vor. Die Etatreden sind der Niederschrift als Anlage 1 bis 6 beigefügt.

Punkt 1.1

206-1/07
- Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008

- Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2011

Erörterung

1. RWE-Aktien (DS-Nr. 206-1/08 Nr. 3)

Auf Vorschlag von Herrn Landrat Makiolla wird einvernehmlich vereinbart, den Verkauf des RWE Aktienvermögens bereits jetzt zu beraten.

Herr Steffen erklärt für die SPD-Fraktion, dass man den Beschlussvorschlag des Landrates in folgender Form modifizieren möchte: „Die durch Beschluss des Kreistages festgesetzte Frist zum Verkauf des RWE-Aktienvermögens wird für die noch verbliebenen Aktien ausgesetzt. Der Landrat wird beauftragt, die Aktien bei einem Kurswert von mindestens 86 Euro pro Aktie zu verkaufen. Die hierduch mögliche Vereinnahmung der Dividendenausschüttung wird für den Haushaltsausgleich 2008 eingesetzt."

Herr Landrat Makiolla zieht den Beschlussvorschlag der Verwaltung zurück und übernimmt stattdessen den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Herr Jasperneite erinnert daran, dass die Entscheidungen im Zusammenhang mit der Veräußerung des Aktienvermögens nicht leichten Herzens gefallen seien. Am 11.09.2007 habe man einen Verkaufsbeschluss gefasst, der am 08.10.2007 noch einmal bestätigt worden sei. Zu diesem Zeitpunkt habe der Wert bei 80 Euro pro Aktie gelegen. Der über dem Buchwert von 75 Euro erzielte Erlös pro Aktie sollte den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Alle weitergehenden Absprachen oder Versprechen seien zumindest ohne die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion erfolgt. Vom 18.12.2007 bis zum 20.01.2008 hätte die Aktie kontinuierlich bei einem Wert von mindestens 93 Euro gelegen. In diesem Zeitraum seien insgesamt 82 Mio Aktien verkauft worden, wobei der Kreis mit seinen veräußerten rund 200.000 Aktien daran einen Anteil von etwa 0,2 % gehabt hätte. Man habe der Verwaltung fairerweise bis heute Zeit gegeben, die Aktienkurse mitzunehmen und ein entsprechendes Ergebnis zu erwirtschaften. Auch seien die Fraktionen damit einverstanden gewesen, die Aktien in mehreren Tranchen zu verkaufen. Aktuell stelle sich die Situation wie folgt dar: Nach entsprechenden Berichten könne und wolle die RWE wohl bis zum 17.10.2008 Aktien im Wert von 2,5 Milliarden Euro aufgrund einer entsprechenden Option zurück kaufen. Deshalb habe das Unternehmen derzeit gar kein Interesse an einem hohen Aktienwert. Unter Berücksichtigung dieser Situation habe man sich gemeinsam dazu entschlossen, an der aktuellen Beschlusslage fest zu halten und die Aktien jetzt zu verkaufen.

Herr Senkel betont, dass es hier nicht um privates Vermögen sondern um das Geld der Bürgerinnen und Bürger gehe. Deshalb sei gerade die Entscheidung, die bestehenden Beschlusslage nicht zu verändern, verantwortlich. In diesem Zusammenhang dürfe man nicht vergessen, der möglichen Dividende auch die anfallenden Schuldzinsen gegenüber zu stellen.

Frau Cziehso macht deutlich, dass die SPD-Fraktion die Entscheidung, die Städte und Gemeinden zum jetzigen Zeitpunkt ohne stichhaltige Begründung im Regen stehen zu lassen, für nicht nachvollziehbar halte.

Wenn die Entscheidung für den sofortigen Verkauf bestätigt werde, verwirke man die Chance, den Kommunen in einer nennenswerten Größenordnung Geld zur Verfügung zu stellen.

Auf entsprechenden Vorschlag von Herrn Klostermann erklärt Herr Landrat Makiolla, dass er seinen Beschlussvorschlag nicht zurück ziehen werde sondern auf einer Abstimmung bestehe. Schließlich sei die Beschlussfassung von grundlegender Bedeutung für die anschließende Haushaltsverabschiedung.

Für die SPD-Fraktion beantragt Herr Steffen geheime Abstimmung.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass damit mehr als ein Fünftel der anwesenden Mitglieder geheime Abstimmung beantragt hätten und nach der Geschäftsordnung des Kreistages nunmehr geheim abgestimmt werde.

Als Mitglieder der Zählkommission werden Herr Kerak, Frau Sopora und Frau Hosang bestimmt.

Beschluss

Die durch Beschluss des Kreistages festgesetzte Frist zum Verkauf des RWE-Aktienvermögens wird für die noch verbliebenen Aktien ausgesetzt. Der Landrat wird beauftragt, die Aktien bei einem Kurswert von mindestens 86 Euro pro Aktie zu verkaufen. Die hierduch mögliche Vereinnahmung der Dividendenausschüttung wird für den Haushaltsausgleich 2008 eingesetzt.

Abstimmungsergebnis der geheimen Abstimmung

mehrheitlich abgelehnt (28 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Im Anschluss an die Beschlussfassung verlassen Herr Kreisdirektor Stratmann und Herr Appel den Raum, um den Verkauf der RWE-Aktien in Auftrag zu geben.

2. Anträge der Fraktionen

Herr Steffen erklärt, dass nach der Beschlussfassung zu den RWE-Aktien ein Haushaltsdefizit zu verzeichnen sei. Deshalb werde die SPD-Fraktion – wie schon angekündigt – alle haushaltswirksamen Anträge ablehnen und die eigenen Anträge zurückziehen. Selbstverständlich werde man aber die Anträge, die bereits im Haushalt finanziert seien, aufrecht erhalten.

Auf Bitte von Herrn Goldmann wird die Sitzung von 17.05 bis 17.20 Uhr unterbrochen.

2.1 Koordination Fahrradfreundlicher Kreis Unna (Antrag der SPD-Fraktion)

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

2.2 Förderung der Beschäftigungspotenziale von Frauen im Kreis Unna (Antrag der SPD-Fraktion/ Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Da die SPD-Fraktion den Antrag nicht mehr mitträgt, teilt Herr Goldmann für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit, diesen als alleiniger Antragsteller aufrecht zu erhalten.

Herr Jasperneite kündigt eine Unterstützung des Antrages durch die CDU-Fraktion an, sofern er sich zunächst nur auf das Haushaltsjahr 2008 beziehe. Den zweiten Absatz könne man nicht mittragen.

Herr Goldmann erklärt sich mit einer entsprechenden Änderung einverstanden, so dass folgender Beschluss ergeht:

Beschluss

Der Kreistag beschließt zur Umsetzung des Zukunftsmodells zur Förderung der Beschäftigungspotenziale von Frauen im Kreis Unna der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna mbH einen Betrag von maximal 80.000 Euro für das Haushaltsjahr 2008 zur Verfügung zu stellen.

Grundlage des Projektes ist die Beschreibung/Anlage in der Vorlage 043/07.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich zugestimmt (bei 26 Gegenstimmen der SPD-Fraktion)

2.3 Überlassung von kreiseigenen Gebäuden an Dritte gegen Berechnung (Antrag der CDU-Fraktion)

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt für den Haushalt 2008 und die weitere Zukunft sämtliche Überlassungen von kreiseigenen Gebäuden und Liegenschaften an Dritte, wie z.B. Städte und Gemeinden, Vereinen und Verbänden sowie andere Institutionen gegen Berechnung der entstehenden Kosten zu überlassen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (35 Ja-Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP-Fraktion)

2.4 Projekte gegen Rechtsextremismus

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt im Haushaltsjahr 2008 einen Betrag von 20.000 Euro für Initiativen und Gruppen gegen Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (54 Nein-Stimmen von SPD-, CDU- und FDP-Fraktion)

2.5 Lernmittelfreiheit an Schulen in Trägerschaft des Kreises (Antrag der Gruppe DIE LINKE.)

Herr Nadolski-Voigt weist hinsichtlich dieses Antrages auf die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie am 6. November 2007 hin, in der es zum Thema Sozialkarte einen Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben habe. Es wäre doch sinnvoll, den Antrag der Gruppe DIE LINKE. ebenfalls in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Da Herr Gabriel den Ursprungsantrag aufrecht erhält, bittet Herr Nadolski-Voigt, seinen Vorschlag als Änderungsantrag zu werten.

Beschluss

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, eine einkommensabhängige Lernmittelfreiheit für die Schülerinnen und Schüler der in Trägerschaft des Kreises Unna befindlichen Schulen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei 6 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion und der Gruppe DIE LINKE.)

Auf eine Abstimmung des Antrages der Gruppe Die LINKE. wird verzichtet.

2.6 Lernmittelfreiheit für SchülerInnen im gesamten Kreis Unna (Antrag der Gruppe DIE LINKE.)

Herr Jasperneite und Herr Elsbeck weisen darauf hin, dass es sich hier um eine Angelegenheit der kreisangehörigen Kommunen handele, die auch von dort zu finanzieren sei.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt eine einkommensabhängige Lernmittelfreiheit für die Schülerinnen und Schüler im gesamten Kreis Unna anzustreben.
Diese Lernmittelfreiheit soll in Form eines offenen Bundes des Kreises Unna mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden erreicht werden.
Der Kreis Unna gründet diesen Bund und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden können ihm beitreten.
Um den Beitritt für die Städte und Gemeinden attraktiv zu gestalten, wird die Finanzierung der Lernmittelfreiheit von der jeweiligen Kommune und dem Kreis Unna hälftig übernommen.
Berechtigt sind Schülerinnen und Schüler, die Einwohner des Kreises Unna sind und die selbst oder deren Erziehungsberechtigte Bezieher von Arbeitslosengeld II, der Grundsicherung im Alter, der Jugendhilfe oder Bezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind.
Für den Haushalt wird zunächst ein Betrag von 150.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Landrat wird beauftragt, diesen Bund den kreisangehörigen Städten und Gemeinden bekannt zu machen und für einen Beitritt zu werben.
Die Verwaltung wird beauftragt, die zu erwartende Anzahl der Begünstigten und damit die tatsächlich notwendige Beitragshöhe noch vor Beginn des Schuljahres 2008/2009 zu ermitteln. Die Ermittlung soll folgende Szenarien abdecken:
• Beitritt von zunächst drei Kommunen
• Beitritt von zunächst sechs Kommunen
• Beitritt aller Kommunen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (bei 2 Ja-Stimmen der Gruppe DIE LINKE.)

2.7 Förderung des Projektes „Tanztheater Kreis Unna“ (Antrag der SPD-Fraktion)

Nachdem die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückzieht, erklärt Herr Goldmann, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN diesen Antrag für sinnvoll erachte und deshalb erneut einbringen wolle.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt im Haushaltsjahr 2008 den Betrag von 23.000 Euro für das Projekt „Tanztheater Kreis Unna“ der Rohrmeisterei Schwerte zur Verfügung zu stellen. Damit wird dem Förderantrag der Bürgerstiftung Rohrmeisterei vom 15. Oktober 2007 entsprochen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (bei 10 Ja-Stimmen von Bündnis 90/DG, DIE LINKE. und STATT-Partei)

2.8 Gründung einer Dachstiftung „Haus der Moderne“ (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Herr Jasperneite teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag mittragen könne, sofern sicher gestellt sei, dass das Geld bei einem Scheitern wieder in den Haushalt eingestellt werde.

Nachdem Herr Landrat Makiolla dies zusichert, ergeht folgender

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Gründung einer Dachstiftung. Zweck der Stiftung ist die Schaffung und Erhaltung eines Hauses der Moderne als Ort der kulturästhetischen Bildung. Standort und Wirkungsstätte der Stiftung ist das kreiseigene Gut Haus Opherdicke.
Die Stiftung wird mit einem Minimalkapital von 50.000 Euro ausgestattet.
Ziel der Dachstiftung ist es, weitere Zustiftungen im Werk von 10 Mio Euro zu erwirken.
Das Land hat bei Erreichen von Zustiftungen in genannter Höhe eine zusätzliche Förderung in Aussicht gestellt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei 26 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion)

2.10 Streichen von Mitteln im Kulturbereich (Antrag der FDP-Fraktion)

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Mittel in Höhe von 15.000 Euro zur Einzelförderung von Kulturarbeit zu streichen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (26 Ja-Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion, 2 Enthaltungen CDU-Fraktion)

2.11 Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Nutzung von Haus Opherdicke (Antrag der FDP-Fraktion)

Beschluss
Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, neben der Planung zum Haus der Moderne ein Gesamtkonzept zur künftigen Nutzung von Haus Opherdicke unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

2.12 Förderung einer zusätzlichen Personalstelle für die Frühförderstelle (Antrag der CDU-Fraktion)

Beschluss

Im Haushalt 2008 werden finanzielle Mittel, in entsprechender Höhe und zweckgebunden, für eine zusätzliche Personalstelle für die Arbeit der Frühförderstelle im Kreis Unna, bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (26 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion)

2.13 Wahrnehmung der Verbraucherberatung als kreiseigene Aufgabe (Antrag von Bündnis 90/DG)

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass dieser Antrag keine konkreten Auswirkungen auf den Kreishaushalt habe, da die entsprechenden Mittel bereits im Haushaltsentwurf der Verwaltung enthalten seien.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Verbraucherberatung als kreiseigene Aufgabe wahrzunehmen.

Die vorhandenen Beratungsstellen in Kamen und Lünen werden mit einer weiteren Verbraucherzentrale in Schwerte – spätestens ab 2009 – ergänzt.

Der mit den Kommunen ausgehandelte Finanzierungskompromiss wird übernommen. Demnach wird der kommunale Finanzanteil – 50 Prozent zahlt das Land, 50 Prozent die jeweilige Standortkommune – zu 60 Prozent vom Kreis übernommen.

Der Kreisanteil an den Kosten beläuft sich für Kamen und Lünen auf rd. 86.000 Euro, ab 2009 zusätzlich auf rd. 39.000 Euro für die Beratungsstelle in Schwerte.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (eine Gegenstimme der SPD-Fraktion)

2.14 Einführung eines Sozialtickets (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Einführung eines Sozialtickets.

Das Sozialticket wird unmittelbar nach den Sommerferien 2008 eingeführt. Es umfasst das Kreisgebiet Unna und ist ganztägig in Bus und Bahn gültig. Es orientiert sich an dem vorhandenen Tarifsystem, d.h. das Ticket wird als Monatsticket im Jahresabo (54,80 Euro mtl.) vergeben.

Das Sozialticket wird als Pilotprojekt gestartet und zunächst mit einer Probelaufzeit von zwei Jahren begrenzt.

Die Nutzung des Sozialtickets ist einkommensabhängig. Berechtigt sind Einwohner des Kreises, die Bezieher des ALG II (SGB II), Bezieher der Grundsicherung im Alter (SGB XII), Bezieher von Jugendhilfe (SGB VIII) sowie Bezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind.

Die Berechtigten haben einen Eigenanteil von 15,00 Euro mtl. zu leisten.

Einnahmen und Verluste sind ausschließlich zwischen der VKU und dem Kreis zu verrechnen. Die Beantragung und Ausgabe des Tickets erfolgen dezentral.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (bei einigen Enthaltungen der CDU-Fraktion)

2.15 Finanzierung von 1,5 Stellen für Familienhebammen zum Aufbau eines Frühwarnsystems (Antrag der FDP-Fraktion)

Auf Vorschlag von Herrn Elsbeck, die Stellen zunächst auf einen Zeitraum von vier Jahren zu befristen und die Arbeit außerdem durch den zuständigen Fachausschuss intensiv zu begleiten, erklärt Herr Senkel, den Antrag entsprechend zu ergänzen.

Herr Steffen betont, dass solche Stellen nur dann sinnvoll seien, wenn sie nicht bei der Verwaltung selbst sondern bei freien Trägern angesiedelt seien. Der Antrag selbst lasse beide Alternativen offen.

Herr Senkel erklärt, dass man grundsätzlich auch einen freien Träger bevorzugen würde. Allerdings müsse

dieses im Einzelfall beraten und entschieden werden. Den Beschlussvorschlag des Antrages wolle man um den Vorschlag von Herrn Elsbeck erweitern.

Beschluss

Der Kreistag beschließt zunächst für einen Zeitraum von vier Jahren die Bereitstellung von Mitteln für drei halbe Stellen als Familienhebamme für den Aufbau eines Frühwarnsystems auf Kreisebene.

Künftiger Träger des Frühwarnsystems soll ein freier Träger oder das Gesundheitsamt sein (Subsidiarität).

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen und der ARGE über die Möglichkeiten der Cofinanzierung weiterer Stellen zu verhandeln.

Im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz wird regelmäßig über die Arbeitsergebnisse berichtet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei 26 Nein-Stimmen der SPD und zwei Enthaltungen der CDU)

2.16 Erhöhung des Beitrages an die NFG (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Herr Goldmann zieht den Antrag seiner Fraktion zurück.

3. Anträge zum Stellenplan

3.1 Neubesetzung der Dezernentenstelle (Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion)

Erörterung

Herr Steffen kritisiert für die SPD-Fraktion den Antrag, da es bei der Neubesetzung hauptsächlich um die Nachbesetzung des Sozialdezernates gehe. Natürlich müsse dann noch ein zweites Fachamt hinzu kommen, das den Vorstellungen der ausgewählten Person nicht gänzlich widersprechen sollte. Er halte aber eine Ausschreibung mit Blick auf den Aufgabenschwerpunkt für sinnvoller, als bereits im Vorfeld bestimmte Kombinationen auszuschreiben. Schließlich könnten dem Kreis dadurch eventuell hervorragende Sozialfachleute entgehen, die sich aufgrund der ausgeschriebenen Kombination erst gar nicht bewerben würden.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die Neubesetzung der Dezernentenstelle 0090 im Dezernat III unter folgenden Voraussetzungen:

1. Die Stelle wird ausgeschrieben. Der Landrat wird einen neuen Dezernatsverteilungsplan im Hinblick auf die Stellenausschreibung dem Ältestenrat vorlegen.
2. Auf Basis dieser Ergebnisse wird die Ausschreibung der Dezernentenstelle dem Kreisausschuss am 29. April 2008 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (bei 26 Enthaltungen der SPD-Fraktion)

3.2 Kw-Vermerk im Bereich der Stabsstelle KfP (Antrag der CDU-Fraktion)

Erörterung

Frau Cziehso teilt mit, dass die SPD-Fraktion durchaus zu einer Neuordnung der Arbeitsabläufe und Aufgaben im Bereich der Koordinierungsstelle für Planungsaufgaben bereit sei, wie sie sich aus der Begründung des Antrages ergebe. Demgegenüber werde man den beantragten kw-Vermerk nicht mittragen und sie habe nach der Begründung auch nicht den Eindruck, dass dies eigentlich Intention der CDU-Fraktion sei. Sie halte es für äußerst bedauerlich, dass man mit dem Antrag den Eindruck vermittele, als wäre die Aufgabe überflüssig. Herr Jasperneite betont, dass Herr Dr. Schiebold seit vielen Jahren eine gute Arbeit leiste, die mit dem Antrag keinesfalls kritisiert werden solle. Vielmehr gehe es seiner Fraktion darum, Signale für die Organisationsstruktur in der Zukunft zu setzen.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die Stelle 0010, Leitung KfP, mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (bei 24 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion)

3.3 Stelleneinsparung und -neubewertung in der Stabsstelle PK

Erörterung

Herr Goldmann erklärt, dass seine Fraktion den Antrag insoweit mittragen könne, als er die Einsparung einer Stelle im Bereich Presse und Kommunikation betreffe.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die Stellenbewertung grundsätzlich in der Personalhoheit des Landrates liege, so dass der Kreistag darüber nicht abstimmen könne. Selbstverständlich werde er aber eine Neubewertung der Stelle vornehmen, sofern dies gewünscht sei.

Herr Jasperneite zieht daraufhin für die CDU-Fraktion den Antrag auf Stellenneubewertung zurück.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt eine volle Stelle im Bereich PK einzusparen. Dabei obliegt es dem Landrat, diese Einsparung nach eigenem Ermessen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (bei 28 Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe Die LINKE., Enthaltung STATT-Partei)

4. Beschluss über den Stellenplan (DS-Nr. 212-1/07)

Beschluss

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 wird mit den dargestellten Änderungen in der beigefügten Fassung sowie den angenommenen Änderungsanträgen der Fraktionen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Gegenstimmen der Gruppe DIE LINKE.)

5. Gesamtbeschluss über den Haushalt 2008 (DS-Nr. 206-1/07)

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erinnert daran, dass aufgrund des Beschlusses zu den RWE-Aktien der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf nunmehr ein Defizit aufweise und entsprechende Änderungen erforderlich seien.

Herr Kreisdirektor Stratmann schlägt diesbezüglich vor, die Ansätze bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, bei der Grundsicherung im Alter sowie bei den Hilfen zur Gesundheit jeweils um 150.000 Euro zu reduzieren. Darüber hinaus wolle man die Transferaufwendungen an die ARGE für die einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende um 100.000 Euro senken. Aufgrund des heutigen Aktienverkaufs müssten zudem Liquiditätskredite nicht weiter bedient werden, was zu einer Ersparnis von rd. 200.000 Euro führe. In der Summe würden diese Einsparvorschläge eine Summe von ca. 750.000 Euro ergeben, so dass man dem

Regierungspräsidenten einen formal ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne.
Herr Kreisdirektor Stratmann teilt weiterhin mit, dass die Bank auftragsgemäß die restlichen Aktien verkauft habe. Dabei seien 125.000 Aktien zu einem Preis von 79,87 Euro/Aktie sowie 90.000 Aktien zu 79,90 Euro/Aktie verkauft worden. In der Gesamtsumme sei damit heute ein Verkaufserlös von 17,2 Mio Euro erzielt worden. Insgesamt habe man durch den Verkauf des gesamten Aktienbestandes einen Betrag von 38,5 Mio Euro erzielt, was einen durchschnittlichen Aktienerlös von 88,50 Euro pro Aktie bedeute.

Herr Jasperneite erklärt für die CDU-Fraktion, den Haushalt mittragen zu wollen. Gleichzeitig dankt er Herr Kreisdirektor Stratmann, dass die Aktien mit diesem durchaus erfreulichen Durchschnittserlös von über 88 Euro pro Aktie veräußert worden seien.

Auf Frage von Herrn Gabriel erklärt Herr Kreisdirektor Stratmann, dass die Verwaltung nach der Sitzung des Kreisausschusses kurzfristig nach Wegen zur Deckung des Defizits gesucht habe. Deshalb habe man nur große Positionen ausgewählt, die sich insbesondere im Sozialetat finden würden. Natürlich sei dies mit einem Risiko verbunden und man müsse im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung strengste Maßstäbe an Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit legen.

Herr Wiggermann kritisiert die getroffene Entscheidung als Debakel. Es werde in vielen Kommunen große Diskussionen geben und von einem erfolgreichen Verkauf könne hier keinesfalls die Rede sein.

Für seine Fraktion, so Herr Goldmann, seien die Einsparvorschläge der Verwaltung durchaus nachvollziehbar. Er wolle aber noch einmal klar stellen, dass gerade im Sozialetat oft ein Rechtsanspruch der Antragsteller bestehe. Dementsprechend müssten die Anträge abgewickelt und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es müssten alle die Finanzverwaltung in ihrem Bemühen unterstützen, den Haushalt im Laufe des Jahres ausgeglichen gestalten zu können.

Beschluss

1. Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008 wird gegenüber dem Verwaltungsentwurf mit dem sich aus den beigefügten Anlagen ergebenden Veränderungen sowie den in der Sitzungen angenommenen Änderungsanträgen sowie den von der Verwaltung dargestellten Einsparvorschlägen beschlossen.

   Abstimmungsergebnis

   mehrheitlich zugestimmt (3 Gegenstimmen DIE LINKE. und STATT-Partei, 1 Enthaltung der SPD)

2. Das Haushaltssicherungskonzept des Kreises Unna für den Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2011 wird in der vom Landrat auf- und festgestellten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zu gestimmt (3 Gegenstimmen DIE LINKE. und STATT-Partei)

Punkt 1.2

212-1/07
Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008

Punkt 2

047/08

Ersatzwahl

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

- Herr Dieter Albert wird als ordentliches Mitglied in den Schulausschuss gewählt.
- Frau Heike Schaumann wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz gewählt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

006/08

Betrauungsregelung zwischen dem Kreis Unna und DSW21 über die Durchführung von Verkehrsleistungen auf der Stadtbahnlinie U 41 in Lünen-Brambauer sowie Refinanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Lünen

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit DSW21 die in der Anlage 1 beigefügte Betrauungsregelung abzuschließen.
Der Landrat wird beauftragt, mit der Stadt Lünen die in der Anlage 2 beigefügte Refinanzierungsvereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

009/08

Vertrag zwischen dem Kreis Unna, der Verbraucherzentrale NRW e.V. in Düsseldorf, dem Verein Neues Wohnen im Alter e.V. in Kamen und der Ökumenischen Zentrale Schwerte zur Durchführung der Wohnberatung im Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass sich Frau Schwarzer für befangen erklärt habe und an der Beschlussfassung nicht teilnehmen werde.

Beschluss

Der Landrat wird ermächtigt, den beiliegenden Vertrag zwischen dem Kreis Unna, der Verbraucherzentrale NRW e.V. in Düsseldorf, dem Verein Neues Wohnen im Alter e.V. in Kamen und der Ökumenischen Zentrale Schwerte zur Durchführung der Wohnberatung im Kreis Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

014/08

Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunftskosten nach dem SGB II

Erörterung

Herr Gabriel erklärt, dass die Gruppe DIE LINKE. die Unterkunftskosten nicht für angemessen halte und deshalb gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde.

Beschluss

1. Der Neufassung der Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunftskosten nach dem SGB II wird zugestimmt. Gleichzeitig erklärt sich der Kreistag damit einverstanden, die Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunftskosten nach dem SGB XII – Sozialhilfe – analog anzupassen.

2. Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung, die Höchstbeträge der Grundmiete in Abstimmung mit den ka. Städten und Gemeinden und auf der Grundlage der Ergebnisse der ortsbezogenen Wohnraumbeobachtung in regelmäßigen Abständen anzupassen. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie wird verwaltungsseitig über derartige Anpassungen in Kenntnis gesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (3 Gegenstimmen DIE LINKE. und STATT-Partei)

Punkt 6

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums;
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Dr. Timpe führt aus, dass er die Anfrage in der heutigen Sitzung bedauerlicherweise nicht beantworten könne. Er habe in der vorigen Sitzung des Bau- und Technikausschusses darauf hin gewiesen, dass es zwei bis drei Wochen dauern werde, ehe die Fakten vorliegen würden. Hier sei man auch auf externe Stellen wie Statiker und Baugeologen angewiesen. Man werde wohl Ende nächster Woche berichtsfähig sein und dann entsprechend die Informationen weitergeben. Eine Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt würde dagegen nur auf Spekulationen und Vermutungen beruhen.
Mit Blick auf die Arbeit des Fachbereiches Bauen betont Herr Dr. Timpe, dass seit 2002 eine jährliche Kostenberichtserstattung im Fachausschuss erfolge. In diesem Zeitraum hätten sich die Gesamtausgaben kontinuierlich innerhalb bzw. teilweise deutlich unterhalb der vorgegebenen Budgets bewegt. Einzelne Kostenüberschreitungen seien durch deutliche Kostenunterschreitungen an anderer Stelle mehr als ausgeglichen worden. Dies zeige das Engagement und die geleistete Arbeitsqualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich.

Herr Goldmann betont, man habe sich mit der Anfrage auf ein Aussage des Kreisdirektors in der Presse bezogen. Selbst sei man nicht an die Öffentlichkeit gegangen.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 8

029/08

Erweiterung des Freiherr-vom-Stein Berufskollegs des Kreises Unna in Werne
- Vergabe des Auftrages über Rohbauarbeiten -

Punkt 9

046/08

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gemäß § 18 Abs.2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen